

# Die Schweiz und Europa

*Leserbrief von Carlo Jagmetti, alt Botschafter*

Die NZZ (22.11.17) publizierte einen Artikel, betitelt «Die Schweiz braucht einen Plan, kein ‹Reset› und einen Leserbrief, betitelt «Europapolitik ohne Perspektive». Die beiden beiden Beiträge enthalten interessante und zum Teil gegensätzliche Hinweise hinsichtlich des sogenannten Rahmenabkommens mit der EU. Klar ist, dass ein Rahmenvertrag wie er gemäss bisher verfügbaren Informationen angestrebt wird, einen beträchtlichen Quantensprung in der Annäherung an die EU bedeuten würde.

Auf einen Punkt sei hier hingewiesen, von dem offiziell kaum je gesprochen wird: Die EU betreibt eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, die schliesslich zu einer gemeinsamen Verteidigung führen sollte. Heute schon gilt folgender Artikel des Lissabonner Abkommens: «Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates schulden die anderen Mitgliedsstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Unterstützung...» Frankreich sprach im Anschluss an die Terrorakte vom 13. November 2015 in Paris von «Krieg», verkündete den Notstand und rief nicht etwa Artikel 5 des Nordatlantikpakets, sondern – wohl zum ersten Mal in der Geschichte der EU – den Beistandsartikel des Lissabonner Abkommens an.

Die EU ist ein virtuelles Verteidigungsbündnis, das – wie gerade in Brüssel vereinbart – die militärische Zusammenarbeit fördern soll, um eben in möglichst naher Zukunft zur realen Verteidigungsunion zu werden. Wenn die Schweiz sich mit einem institutionellen Rahmenabkommen der EU weiter nähert, nähert sie sich auch einer militärischen Paktorganisation. Die Schweiz handelt ja schon lange neutralitätswidrig bei ihrer Zusammenarbeit mit der Nato. Eine institutionelle Bindung mit der Verteidigungsunion EU wäre – gerade wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit ihr – neutralitätsrechtlich- und politisch problematischer.

Am Schluss seines eben erfolgten Besuches in Bern sprach EU-Kommissions-Präsident Junker von einem «Freundschaftsvertrag», der im Frühjahr 2018 unter-schriftsreif sein sollte. Es bleibt zu hoffen, dass die Weichen jetzt so gestellt sind bzw. noch werden, dass die EU in Zukunft auf dem Boden der Realität und nicht an der heute überwiegend zurückhaltenden Meinung des Soveräns vorbei ver-handelt wird. Denn wenigstens zurzeit scheint die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger an Unabhängigkeit und Neutralität festhalten zu wollen

*Carlo Jagmetti, Zollikon*

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 28.11.2017